

V4-Beschluss Abschiebehaft abschaffen – rassistischer Willkür entgegentreten

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Antragstext

849 Bis zu 18 Monate Haft, ohne eine Straftat begangen zu haben. Das ist die
850 Realität vieler Geflüchteter, die in Abschiebehaft sitzen.

851 Was ist Abschiebehaft eigentlich?

852 Abschiebehaft bedeutet, dass die Ausländerbehörden oder die Bundespolizei
853 geflüchteten Menschen vor der Abschiebung die Freiheit entziehen. Die Haft ist
854 geregelt in §62 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach können Geflüchtete in
855 Schutzhaft genommen werden, wenn sie sich der Abschiebung entziehen wollen. Ob
856 das tatsächlich geplant ist oder passiert, ist hierbei egal, es reicht ein nicht
857 weiter geregelter und sehr unkonkreter „begründeter Verdacht“.

858 Und hier wird es paradox. Denn Abschiebungen werden grundsätzlich nicht
859 angekündigt. Wenn man also mal zufälligerweise nicht da ist, weil man z.B.
860 einkaufen geht, der Staat aber genau dann die Abschiebung durchführen wollte,
861 gilt das als Entziehung von der Abschiebung und man kann hinter Gitter kommen.
862 Geflüchtete wissen also nicht, wann sie abgeschoben werden sollen. Wenn sie aber
863 währenddessen ihrem normalen Lebensablauf nachgehen und nicht zuhause sind,
864 können sie dafür bestraft werden.

865 Daneben können Menschen auch inhaftiert werden, wenn der Staat sie abschieben
866 will, die Abschiebung aber noch nicht sofort vollzogen werden kann, etwa weil
867 Personal oder Flugzeuge fehlen. Und das bis zu 1.5 Jahre.

868 Es handelt sich bei der Abschiebehaft also nicht um eine Strafe, sondern um eine
869 Maßnahme, dem Staat die Abschiebung eben jener Menschen zu erleichtern.

870 Es ist jedoch vollkommen unverhältnismäßig, Menschen zu inhaftieren und ihnen
871 für eine bestimmte Zeit die Freiheit zu entziehen, nur um dem Staat einen
872 Verwaltungsakt zu erleichtern.

873 Und doch soll diese rassistische Praxis, Ausländer*innen zu inhaftieren, um sie
874 aus Deutschland auszuweisen, ausgeweitet werden.

875 Welche Probleme gibt es?

876 Die medizinische und psychologische Versorgung ist in den Abschiebehaftanstalten
877 oft mangelhaft. Ärztliche Untersuchungen finden, wenn sie denn stattfinden,
878 meist ohne professionelle Dolmetscher*innen statt. Darüber hinaus ist auch
879 fachgerechte psychologische Betreuung Mangelware, gerade Psycholog*innen, die
880 sich auf fluchtbedingte Traumatisierungen spezialisiert haben, gibt es in den
881 Abschiebegefängnissen so gut wie nie.

882 Dazu kommt, dass viele Geflüchtete in Abschiebehaft, gerade wenn sie für eine
883 längere Zeit da sind, unter Angst und Depressionen leiden.

884 Es ist klar, dass die Abschiebehaft das Leben der betroffenen Personen massiv
885 einschränkt und ihr Ankommen in Deutschland gefährdet.

886 Rechtswidrige Willkür

887 Dazu kommt, dass ein Großteil der inhaftierten Menschen zu Unrecht in Haft
888 sitzt. Allein in der JVA Büren bei Paderborn waren nach Berechnungen des Vereins
889 „Hilfe für Menschen in der Abschiebehaft Büren e.V.“ im Zeitraum zwischen 2015
890 und 2017 60% der Einlieferungen gerichtlich bestätigt rechtswidrig. Knapp zwei
891 Drittel der Menschen in der nordrheinwestfälischen Abschiebehaft saßen also zu
892 Unrecht dort. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

893 Eine so hohe Fehlerquote gibt es in keinem anderen Rechtsgebiet und würde
894 überall sonst auch für Aufruhr sorgen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die
895 Einhaltung rechtsstaatlicher Standards auch bei Asylverfahren und der Anordnung
896 von Abschiebehaft und ein Ende der staatlichen Willkür Geflüchteten gegenüber!

897 Abschiebehaft in NRW

898 In NRW wurde im Dezember 2018 für eine Ausweitung und Verschärfung der
899 Abschiebehaft gestimmt. Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wurde etwa
900 beschlossen, dass die JVA Büren, das bundesweit größte Abschiebegefängnis,
901 erweitert wird und mehr Personal erhalten soll.

902 Außerdem wurde eine neue menschenrechtsverletzende Hausordnung beschlossen.
903 Menschen, die in Büren inhaftiert sind, dürfen kein Bargeld mehr bei sich führen
904 oder Handys mit Kamerafunktion besitzen. Auch dürfen Menschen bis zu 16 Stunden
905 am Tag in ihrer Zelle eingesperrt und in Isolationshaft gesperrt werden - ohne
906 je eine Straftat begangen zu haben.

907 Wer darüber hinaus als „gefährliche Person“ eingestuft wird, soll schon
908 präventiv sanktioniert werden, z.B. durch den Entzug von Internetzugängen, oft
909 die einzige Möglichkeit, mit Familie und Freund*innen in Kontakt zu bleiben.

910 Wer eine solche „gefährliche Person“ sein soll bleibt jedoch unklar, denn
911 Menschen die Straftaten begangen haben (sollen) und infolgedessen abgeschoben
912 werden, finden sich nicht in der Abschiebehaft wieder, sondern werden direkt aus
913 der Strafhaft heraus abgeschoben. Damit öffnet diese Regelung Tür und Tor für
914 weitere Willkürmaßnahmen gegen Geflüchtete.

915 Diese Verschärfungen in NRW stellen eine krasse Einschränkung für die Freiheit
916 von Geflüchteten dar und werden von uns als solche abgelehnt.

917 **Seehofers Pläne**

918 Und auch Seehofers Bundesinnenministerium macht mit, wenn es um die Beschneidung
919 von Grund- und Freiheitsrechten für Geflüchtete geht.

920 So heißt es etwa in einem Ideenpapier des Ministeriums, man könne die
921 „Verzichtbarkeit des Richtervorbehalts“ für Geflüchtete in Abschiebehaft prüfen.
922 Auch sollen Geflüchtete zukünftig in normalen Gefängnissen neben verurteilten
923 Straftäter*innen einsitzen. Diese Ideen Seehofers sind nichts weniger als
924 menschenrechts- und verfassungswidrig!

925 Außerdem sollen Menschen zukünftig auch in Abschiebehaft genommen werden können,
926 wenn sie aus Sicht der Behörden nicht gut genug an der Beschaffung von Pässen
927 und Papieren mitwirken. Für eben diese Menschen soll zudem ein neuer Status,
928 noch unterhalb der Duldung eingeführt werden.

929 Dies geht völlig an der Realität vorbei und dient nur dazu, Geflüchtete weiter
930 zu schikanieren und zu entrechten.

931 Es gibt viele Gründe, doch dafür Menschen die Integration in die
932 Mehrheitsgesellschaft zu verweigern und sie noch viel mehr mit Haft zu bestrafen
933 ist unmenschlich!

934 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass die rassistische und willkürliche Praxis der
935 Abschiebehaft abgeschafft wird. Denn hier werden Menschen nur eingesperrt, weil
936 sie Ausländer*innen sind und der Staat sich ihre Abschiebung erleichtern möchte.
937 Menschen dafür ihre Freiheit zu entziehen, lehnen wir als vollkommen
938 unverhältnismäßig ab. Auch stehen wir dafür, dass die JVA Büren, das bundesweit
939 größte Abschiebegefängnis, ersatzlos geschlossen wird.

940 Stattdessen müssen wir gerade in Zeiten des Rechtsrucks für die universellen
941 Menschenrechte – gerade auch von Geflüchteten – eintreten und bekräftigen unsere
942 Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle.

Begründung

erfolgt mündlich